Landkreistag
BADEN-WÜRTTEMBERG

Pressemitteilung

Stabsstelle
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon 0711 / 224 62-28
Telefax: 0711 / 224 62-23
E-Mail: presse@landkreistag-bw.de

Alle Pressemitteilungen und mehr unter:
www.landkreistag-bw.de

Stuttgart, den 24.03.2022

Zumeldung zur dpa-Meldung "Baden-Württemberg fordert: Bund soll bald Ende der Pandemie ausrufen" vom 24.03.2022

Zu der Forderung von Gesundheitsminister Lucha nach einem Strategiewechsel bei der Pandemiebekämpfung und dem dieser Forderung zugrunde liegenden Positionspapier der baden-württembergischen Gesundheitsämter äußert sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Die Gesundheitsämter in Baden-Württemberg sind seit Monaten der Seismograph für die Veränderungen in der Pandemie. Dort sitzen die Fachleute des Infektionsschutzes und der Pandemiebekämpfung. Wenn von diesen Fachleuten nun das eindeutige und dringende Signal gesetzt wird, dass es bei der Pandemiebekämpfung eines Strategiewechsels bedarf, dann sollte jetzt umgehend das Steuer herumgeworfen werden.

So fordern die Gesundheitsämter zu Recht, die Absonderung von positiv getesteten Personen und ihren Kontaktpersonen mit sofortiger Wirkung auszusetzen. Denn diese Absonderungsmaßnahmen greifen in der Tat überwiegend zu spät, um Ansteckungen zu verhindern. Überdies führt der quarantänebedingte Personalmangel zu einer Verschlechterung gerade der medizinischen Versorgung und belastet die kritische Infrastruktur insgesamt.

Auch müssen die begrenzten Ressourcen der Gesundheitsämter effektiver genutzt werden. So macht es beispielsweise keinen Sinn, durch die tausendfache Meldung von positiven Testergebnissen beim Robert Koch-Institut Datenfriedhöfe zu schaffen, ohne dass daraus irgendwelche Konsequenzen gezogen werden.

Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass sich Gesundheitsminister Lucha das Positionspapier der Gesundheitsämter zu eigen gemacht hat und sich mit einem Schreiben an Bundesminister Lauterbach gewandt hat. Es ist wichtig und notwendig, die Berliner Politik mit den fachlichen Realitäten von vor Ort zu konfrontieren.“